



NEWSLETTER 04/2022

FORUM | MIGRATION

© vltabo - 123rf.com



Antworten auf den Krieg

Auch einen Monat nach Russlands Überfall auf die Ukraine sind die Auswirkungen dieses zutiefst verbrecherischen Krieges nicht absehbar. Doch die neuen Realitäten verlangen nach schnellen Antworten, von der Politik und aus der Zivilgesellschaft. Wie gehen Gewerkschaften mit der Situation um? Welche Möglichkeiten der praktischen Solidarität mit Gewerkschafter_innen und Flüchtenden gibt es? Was bedeutet der Krieg für die Lage migrantischer Arbeiter_innen aus der Ukraine? Und welche Maßnahmen müssen getroffen werden, um die Ausbeutung der Flüchtenden zu verhindern, wenn diese eine Beschäftigung suchen?

Am 13. März 2022 demonstrierten der DGB und seine acht Mitgliedsgewerkschaften gemeinsam mit einem breiten Bündnis und 125.000 Menschen in Berlin, Frankfurt, Leipzig, Stuttgart und Hamburg für Frieden, Solidarität und Abrüstung. „Wir erleben die dunkelsten Wochen seit Ende des Zweiten Weltkrieges“, sagte der DGB Vorsitzende Rainer Hoffmann. Als er kurz zuvor eine Videokonferenz mit Gewerkschaftskolleg_innen aus der Ukraine hatte, seien in jenem Moment Bomben auf den Fernsehturm von

Kiew gefallen. „Es war unsäglich bedrückend“, so Hoffmann. Doch Wut und Trauer würden nicht hilflos machen. „Unsere Solidarität ist stärker.“

In einer Erklärung versprach der DGB, gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (ITUC) und dem Europäischen Gewerkschaftsbund (ETUC) „solidarisch an der Seite der mutigen Menschen in der Ukraine“ zu stehen. Für Menschen, die Aufnahme in Deutschland finden müssen, kündigte der DGB an, selbst Unterkünfte bereitzustellen und sie materiell zu unterstützen. Er wolle dafür sorgen, dass die „Zugänge zum Arbeitsmarkt für Flüchtende offen stehen und gemeinsam mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung den ukrainischen Schwestergewerkschaften vor Ort helfen“.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke verwies auf sehr enge Beziehungen zu einer Reihe von ukrainischen Gewerkschaften, insbesondere im öffentlichen Sektor und der Seefahrt. Es gebe gemeinsame Projekte, etwa in der ukrainischen Hafenstadt Odessa, die ver.di seit Jahren unterstütze. Derzeit erreichten ver.di „jeden Tag Hilferufe unserer Kolleginnen und Kollegen, ihr Leben ist bedroht“, sagte Werneke. Die

INHALT 04/2022

Antworten auf den Krieg	1
Flucht nach Deutschland	2
Mittellos und lahmgelegt	3
Ukrainische Diaspora in Deutschland	3
Interview mit Daniel Weber – „Kämpfe sind nur gemeinsam zu führen“	4
News + Termine	5
Ein gesamteuropäisches Solidaritätsterritorium – Kommentar von Vassilis Tsianos, Uni Kiel, Vorsitzender Rat für Migration, zu Flüchtlingsaufnahme aus der Ukraine	6



Gewerkschaftshäuser in den Teilen der Ukraine, in denen der Krieg noch nicht tobt, seien wichtige Anlauf- und Versorgungsstellen für Geflüchtete im Inland. Werneke verwies auf einen Spendenaufruf des DGB, auch die GEW ruft zu Spenden auf (Kasten).

Die IG BAU verbreitete ein Interview, das Vasyly Andreyev, der Vorsitzende der ukrainischen Bauergewerkschaft PROFBUD der israelischen Zeitung Davar gegeben hatte. Andreyev hatte zwei Wochen nach dem Beginn des russischen Angriffs die Grenze zu Moldawien erreicht, um seine Frau und seine Kinder an einen sicheren Ort zu bringen. „Jetzt bin ich ein bisschen ruhiger, da ich weiß, dass sie sicher sind.“ Die Familie kam in einem Hotel in Chişinău unter.

„Die Wirtschaft des Landes an sich wurde zerstört“, sagte Andreyev. „In den ersten paar Wochen werden die Menschen ihre Ersparnisse verwenden. Leider höre ich von vielen Arbeitern, dass sie die Gehälter vom Februar nicht bekommen haben.“ Der Treibstoffpreis sei um 20 % gestiegen, Lebensmittel seien kaum noch verfügbar. Auch für diese würden die Preise steigen.

Die Arbeit der Gewerkschaft sei unterbrochen, Mitarbeiter_innen hätten sich in Bunker flüch-

ten müssen. „Jetzt sind wir dabei, Unterkünfte für alle zu organisieren, die aus dem Osten des Landes in den Westen kommen“, so Andreyev. Er sorge sich, wie die Menschen ihren Lebensunterhalt bestreiten, arbeiten und essen können. „In der Ostukraine kann man bisher überhaupt nicht mit den Arbeitgebern verhandeln. Wir fordern, dass sie die Februarlöhne zahlen. Erst dann werden wir zu den humanitären Aufgaben übergehen können, um die Menschen in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen.“

Der Europäische Gewerkschaftsbund ETUC verurteilte in einer Resolution Russlands Angriff auf die Ukraine auf das Schärfste und verwies auch auf die Repressionen in Russland gegen diejenigen, die gegen den Krieg in der Ukraine protestieren. „Wir verpflichten uns, russische Gewerkschaften, Arbeitnehmende, Aktivist_innen und Pazifist_innen zu unterstützen, die sich dem Krieg gewaltlos widersetzen“, so ETUC. Der Verband bekundete auch seine Solidarität „mit der russischen und weißrussischen Bevölkerung, die von den Auswirkungen der Sanktionen oder von Formen der Diskriminierung wegen eines Krieges betroffen ist, für den sie nicht verantwortlich ist“.

-  Aufruf DGB Großdemo: <https://bit.ly/3ik5UdM>
-  Vollständiges Interview mit Vasyly Andreyev auf der Seite der IG BAU: <https://bit.ly/34YXNk0>
-  Interview mit Frank Werneke auf der Seite von ver.di: <https://bit.ly/3iofmgj>
-  Resolution des Europäischen Gewerkschaftsbundes ETUC: <https://bit.ly/3KZFavz>

Spenden für die Ukraine

Der DGB Verein „Gewerkschaften helfen e.V.“ hat ein Spendenkonto eingerichtet, um den vor Krieg und politischer Repression Geflüchteten zu helfen.
I Gewerkschaften helfen e.V.; Nord LB; IBAN: DE40 2505 0000 0151 8167 90; BIC: NOLADE2HXXX; Stichwort: Gewerkschaftliche Ukraine-Hilfe

Die GEW ruft zu Spenden für den Heinrich-Rodenstein-Fonds auf um die ukrainische Bildungsgewerkschaft und ihre Mitglieder zu unterstützen. Viele seien auf der Flucht. Sie haben fast alles verloren und benötigen Hilfe.

I Heinrich-Rodenstein-Fonds; Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale; IBAN: DE88 5005 0000 0084 0001 24; BIC: HELADEF3333; Stichwort: Ukraine

Flucht nach Deutschland

Bis zum 22. März flüchteten 3,6 Millionen Menschen aus der Ukraine, 239.000 wurden in Deutschland offiziell registriert. Die meisten davon sind Frauen und Kinder, weil Männer im wehrfähigen Alter von 18 bis 60 das Land nicht verlassen dürfen. Erstmals kam EU-weit die so genannte „Massenzustroms-Richtlinie“ zum Tragen, die eine Aufenthaltserlaubnis zum vorübergehenden Schutz gewährt – ohne Asylverfahren. Wie kann den Ankommen bestmöglich geholfen werden?

Vorgesehen ist, dass die ukrainischen Geflüchteten in Deutschland Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Die betragen derzeit pro allein stehendem Erwachsenen ca. 367 Euro im Monat zuzüglich ggf. Miet- und Heizkosten. Mit der Aufenthaltserlaubnis geht nicht automatisch ein unbeschränkter Arbeitsmarktzugang einher, doch soll dies nach Angaben der Bundesregierung zeitnah geregelt werden. Der DGB fordert, die Ankommen möglichst unkompliziert und schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren – siehe Kasten.

DGB Forderungen zum Umgang mit flüchtenden Ukrainer_innen

- I** Frauen, die den ganz überwiegenden Teil der volljährigen Geflüchteten stellen, müssen besonders gefördert werden.
- I** Die Bundesregierung muss den Zugang zu Sprachkursen ebenso gewährleisten wie eine zügige und unkomplizierte Anerkennung beruflicher

Abschlüsse und Qualifikationen.

I Sie dürfen nicht mangels Alternativen in prekärer Beschäftigung landen und dort die Versäumnisse in der Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahre ausgleichen.

I Die Bedingungen müssen sich für alle Beschäftigten verbessern, gleich ob sie bereits in Deutschland leben, zu Arbeitszwecken einwandern oder auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung ins Land kommen.

I Wichtig für Geflüchtete sind Angebote für Bildung und Weiterbildung.

I Kinder und Jugendliche, die teils auch ohne Begleitung nach Deutschland fliehen, müssen zeitnah in Schulen und Kitas integriert und gezielt gefördert werden.

Schon jetzt ist klar, dass versucht werden wird, die große Zahl Ankommender für ausbeuterische Beschäftigung auszunutzen. Lohn- und Sozialbetrug dürften zunehmen. Der Bundesverband für häusliche Betreuung und Pflege (VHBP) etwa geht nach Recherchen des ARD-Magazins Report Mainz davon aus, dass ukrainische Betreuungskräfte für einen Bruchteil des Lohnes arbeiten werden, den Osteuropäerinnen aus der EU derzeit in Deutschland bekommen. „Bis zu 300.000 Ukrainerinnen werden schätzungsweise für die Hälfte des Honorars arbeiten und alle Bedingungen ertragen, um ihre Familien zu ernähren“, sagt der Vorstandsvorsitzende des Verbandes, Daniel Schlör. Wichtig sind deshalb umfassende Beratungsangebote, wie sie etwa das Portal „Fair Arbeiten“ des DGB Beratungsnetzwerks Faire Mobilität:

 <https://www.fair-arbeiten.eu>

Auch das IQ Netzwerk stellt sich auf zunehmende Beratungsanfragen von Personen mit beruflichen Abschlüssen aus der Ukraine ein. Auf einer eigenen Webseite hat die IQ Fachstelle Beratung und Qualifizierung deshalb Informationen für die Beratung von Menschen mit Abschlüssen aus der Ukraine zusammengestellt. Die Webseite wird fortlaufend ergänzt:

 <https://bit.ly/3in4lfc>

Mit Blick auf die hohe Zahl ankommender Kinder sagte die stellvertretende DGB Vorsitzende Elke Hannack, nötig sei eine „echte Kraftanstrengung im Bildungssystem“. Kitas, Schulen und Bildungsträger bräuchten dringend mehr Geld für Personal und Ausstattung, damit Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine schnell ein gutes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung steht, so Hannack. Es sei absehbar, dass bis 2025 insgesamt 45.000 Lehrkräfte an Schulen und 300.000 Erzieher_innen an Kitas fehlen werden.

Schulen und andere Bildungseinrichtungen stehen derweil vor der Aufgabe, den Ukraine-Krieg zu behandeln. Die GEW hat dafür auf einer eigenen Webseite Tipps zusammengestellt. Diese sollen auch helfen, eine Überforderung von Kindern mit Fluchterfahrungen oder Migrationsgeschichte zu vermeiden. Ebenfalls finden sich dort Hinweise für den Umgang mit Schüler_innen mit ukrainischer oder russischer Migrationsgeschichte:

 <https://bit.ly/3CUM910>



„Ich finde es unbedingt richtig, das zu thematisieren“, sagt GEW-Chefin Maike Finnen. Doch nach fast zwei Jahren Pandemie und dem ohnehin dramatischen Lehr- und Fachkräftemangel sei dies „eine große Herausforderung für die Schulen“, so die GEW-Schulexpertin Anja Bensinger-Stolze. Erfahrungsgemäß würden sich die Lehrkräfte sehr für geflüchtete Kinder und Jugendliche engagieren. Trotzdem brauchen die Schulen zusätzliche Fachkräfte. Sowohl Expertise in asylrechtlichen Fragen und für Traumata als auch Lehrkräfte für ‚Deutsch als Zweitsprache‘ sowie herkunftssprachliche Fachkräfte werden verstärkt benötigt, sagt Bensinger-Stolze.

ver.di startete derweil mit dem Bundesverband Schau-

spiel, der ARD, ZDF, Deutschlandradio sowie anderen Organisationen ein Job-Portal, um geflüchteten Kultur- und Medienschaffenden aus der Ukraine und Russland bei der Suche nach Beschäftigung helfen. „Wir wollen einen Teil dazu beitragen, dass unseren Kolleg_innen aus der Ukraine und aus Russland eine berufliche Perspektive für die Zeit des Exils und Unterstützung bei der Suche nach Beschäftigung geboten wird“, so ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz.

<https://bit.ly/3loMYFx>

Die IG BAU hat derweil zunächst 39 aus der Ukraine geflüchtete Menschen in ihr Bildungszentrum in Steinbach (Taunus) aufgenommen. Die Geflüchteten stammen aus Kiew, Karkow und Poltawska und kön-

nen in dem Tagungshaus jeweils als Kleinfamilien in Einzelzimmern wohnen. „Solidarität ist seit jeher für die Gewerkschaftsbewegung wichtig, Solidarität üben wir auch jetzt mit den Ukrainern, die so sehr unter dem Angriffskrieg Putins leiden“, sagt der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

„Ihr sollt euch hier wohl fühlen, hier seid ihr sicher“, sagte Ulrike Laux, im IG BAU Bundesvorstand zuständig für das Bildungswerk. Die Geflüchteten können in der Tagungsstätte bleiben, bis sie selbst etwas anderes gefunden haben oder ihnen eine andere Wohnung vermittelt wurde. Die IG BAU werde auch darüber hinaus in dem Bildungszentrum mit insgesamt 90 Zimmern aus der Ukraine geflüchtete Menschen aufnehmen.

Mittellos und lahmgelegt

Eine sechsstellige Zahl an LKW-Fahrer_innen in der EU stammt aus der Ukraine. Was bedeutet der Krieg für sie? Und was für ihre russischen Kolleg_innen?

Nach Schätzungen des Bundesverbands Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL) stammen rund 100.000 in Deutschland eingesetzte LKW-Fahrer_innen aus der Ukraine. Die meisten arbeiten bei polnischen und litauischen Speditionen und sind in ganz Europa unterwegs. Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft glaubt, dass viele der Männer der Generalmobilmachung Folge leisten. Kurz nach Kriegsbeginn warnte der Verband deshalb davor, dass rund 100.000 Fahrer_innen den Transportunternehmen schon bald nicht mehr zur Verfügung stehen könnten.

„Ganz so schnell geht es nicht“, sagt Anna Weirich, Branchen Koordinatorin Internationaler Straßentransport bei der DGB Beratungsstelle Faire Mobilität in Frankfurt. Schon seit Monaten würden Arbeitgeberverbände und Speditionen sich über Fahrermangel beklagen. „Sehr viele Presseerklärungen dazu nehmen jetzt Bezug auf den Ukraine-Krieg.“ Gleichwohl seien die Auswirkungen des Krieges auf viele der Fahrer_innen erheblich.

Faire Mobilität hat nach Russlands Angriff auf die

Ukraine im Raum Dortmund sowie am Fährhafen in Kiel Aktionen durchgeführt, um sich ein Bild über die Lage der ukrainischen Fahrer_innen zu verschaffen. „Es gibt Fahrende, die zurückwollen, um zu kämpfen, andere wollen zurück wegen der Familie“, sagt Weirich. Wiederum andere hätten mit ihren Angehörigen gesprochen und entschieden, weiter LKW zu fahren, um die Familie zu versorgen. Viele der Fahrer_innen wüssten nicht, wie es jetzt für sie weitergeht. „Manche sitzen fest, weil wegen des Krieges keine neuen Aufträge reinkommen“, sagt Weirich. Betroffen seien auch Fahrer_innen aus Russland, die wegen der Sanktionen ihre geladenen Güter nicht ausliefern oder nicht weiterfahren können, weil wirtschaftliche Aktivitäten in Russland und in der Ukraine stillstehen. In Deutschland sei die Zahl der „Gestrandeten“ aber bislang „eher noch nicht so hoch“, so Weirich.

Viele Fahrer_innen bekämen Zahlungsprobleme zu spüren, etwa weil russische Unternehmen Rechnungen nicht mehr begleichen können oder vom Zahlungsverkehr abgeschnitten sind. Das betreffe vor allem russische und belarussische Fahrer_innen. „Deren Bankkarten funktionieren teils nicht“, sagt Weirich. „Aber auch die ukrainische Währung verfällt, der Kurs geht den Bach runter. Wenn die ihr Gehalt nicht in Zloty oder Euro bekommen, ist ihr Lohn nichts mehr wert.“

Auch in der Ukraine seien die Fahrer_innen betroffen. Die Generalmobilmachung traf all jene, die zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs im Land waren. „Die dürfen das Land jetzt nicht mehr verlassen“, sagt Weirich. Ebenso gebe es Fahrer_innen, etwa aus Rumänien oder Moldau, die die Ukraine nicht verlassen können, etwa weil die Fracht beschlagnahmt wurde.

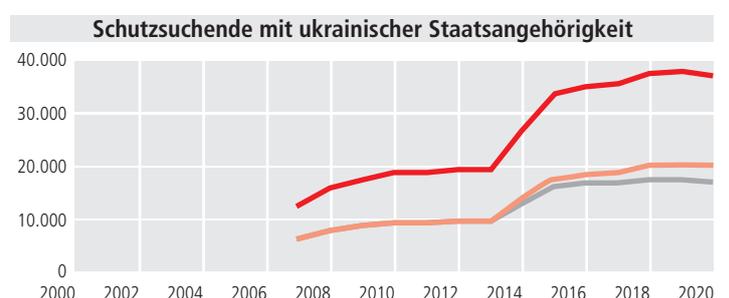
In der EU drücken die zuletzt stark gestiegenen Spritkosten die Margen der Speditionen. Diese geben das an die Fahrer_innen weiter: „Der Druck ist enorm, es auf Verstöße ankommen zu lassen“, sagt Weirich.

Insgesamt sei jedoch die verbreitete Lesart, der Krieg führe zu einem Mangel an LKW-Fahrer_innen eine „sehr reduzierte Sichtweise“, so Weirich. „Die Arbeitsbedingungen in dem Bereich sind extrem schlecht. Die Frage ist doch: Warum will keiner den Job machen? Warum können die Speditionen so wenige motivieren bei ihnen zu arbeiten, die ihren Wohnsitz hier haben?“ sagt sie. Warum könnten die Ukrainer_innen nicht an ihrem Arbeitsort auch formal angestellt zu sein und zwar zu den dort gültigen arbeitsrechtlichen Bedingungen?“ fragt sie. „Das sollte man im Blick behalten.“

<https://www.faire-mobilitaet.de>

Ukrainische Diaspora in Deutschland

Flüchtlinge und Migrant_innen aus der Ukraine vor Ausbruch des Krieges (■ = insgesamt · ■ = weiblich · ■ = männlich)





„Kämpfe sind nur gemeinsam zu führen“



Foto Daniel Weber: © C. Kniel

Nach sieben Jahren als Leiter verlässt Daniel Weber den Fachbereich Migration des DGB Bildungswerk. Ein Gespräch über Migration als Chance für Gewerkschaften, die richtige Reaktion auf Rassismus in Zeiten des Ukraine-Kriegs und Lehren für Arbeitskämpfe aus der Corona-Pandemie.

ForumMigration: Daniel, Du bist seit 2007 im Gewerkschaftsbereich zur Migrationspolitik aktiv. Damals warnten Gewerkschaftsführer vor Billigkonkurrenz durch die EU-Osterweiterung, heute sind die Gewerkschaften sehr viel offener, was Diversität und Migration angeht. Was hat sich in dieser Zeit verändert?

Daniel Weber: Die Veränderung, die Du beschreibst, kam nicht durch ein einzelnes Ereignis, sondern durch das dauerhaft sehr hohe Engagement migrantischer Kolleg_innen und Gewerkschafter_innen auch ohne Migrationshintergrund. Das war die Basis, um Informationsarbeit und gewerkschaftliche Positionen weiterzuentwickeln.

Welche Positionen waren das zum Beispiel?

Etwas, dass gemeinsam für eine Sache kämpfen bedeutet, auch die eigene Organisation so aufzustellen, dass sie das kann. Die Positionierungen der Gewerkschaften selbst haben sich gar nicht so stark verschoben, aber die Perspektiven der Migrant_innen wurden viel stärker aufgenommen. Heute engagieren sich in den Gewerkschaften nicht nur sehr viele Kolleg_innen mit Migrationshintergrund ehrenamtlich, sondern sind auch hauptamtlich in verantwortliche Positionen gekommen.

Hatte das konkrete Folgen?

Der Bundeskongress etwa hat Beschlüsse zur besseren Anerkennung von Abschlüssen aus dem Ausland und gegen offene und versteckte Diskriminierung gefällt. Der DGB hat Projekte wie Faire Mobilität, Faire Integration oder „Anerkannt“ zur

Förderung der formalen Anerkennung im Ausland erworbener Kompetenzen aufgebaut.

Wie lässt sich die heutige Haltung der Gewerkschaften zur Arbeitsmigration aus Deiner Sicht zusammenfassen?

Nicht Migration an sich führt zur Infragestellung und zum Unterlaufen von sozialen Standards, sondern ihre Gestaltung. Ist diese schlecht, werden erkämpfte Sozialstandards unterminiert. Und man hat viel mehr Kraft, das zu verhindern, wenn man alle in den Kampf einbezieht.

Welche praktischen Konsequenzen für die gewerkschaftliche Arbeit hat diese Erkenntnis?

Etwas Erfolge bei Zulieferern in der Metallindustrie oder in der Fleischindustrie. Diese Kämpfe sind nur gemeinsam mit Zugewanderten zu führen. Ein andere Folge ist eine viel bessere Fähigkeit darauf zu reagieren, wenn neue Gruppen in den Fokus von Diskriminierung und Anfeindungen geraten. Zum Beispiel wenn jetzt viele russischsprachige Kolleg_innen Schwierigkeiten haben und einzelnen gar mündlich gekündigt wird.

... wegen des Ukraine-Kriegs?

Ja, und zwar obwohl sie sich nicht einmal dazu geäußert haben. Da gab es vor Ort sehr schnell Reaktionen der Kolleg_innen. Die wissen heute, was in einem solchen Fall zu tun ist. So war es auch beim anti-asiatischen Rassismus in der Corona-Pandemie. Immer wenn auf solche Weise neue Gruppen in den Fokus geraten, muss aus den Reihen der Gewerkschaften heraus schnell darauf reagiert werden.

Wer genau reagiert auf diese Anfeindungen?

Zunächst sind das meist ehrenamtliche Gewerkschafter_innen im Betrieb. Die nehmen solche Dinge oft sehr schnell wahr. An zweiter Stelle sind es dann Betriebsräte, aber auch DGB Bezirksverantwortliche, die merken, wenn sich bei ihnen im

Bezirk etwas tut. Die wissen heute, an wen sie sich wenden können.

Ehrenamtliche Gewerkschafter_innen und Betriebsräte gibt es in den Branchen, in denen viele Migrant_innen beschäftigt sind, oft nicht.

Wir haben uns den Graubereichen immer wieder gewidmet. Dazu gehört ganz wesentlich, in den formalen Kernbelegschaften das Bewusstsein für die Lage der Kolleg_innen etwa beim Subunternehmen im Lager, der Logistik, der Reinigung zu schärfen. Und wir haben als Bildungswerk ganz bewusst geschaut: Wie kommen Beschäftigte im so genannten „Plattform-Kapitalismus“, etwa die Rider bei Gorilaz oder Lieferando ran?

Antirassismus-Fragen haben in dieser Zeit die Dimension eines regelrechten Kulturkampfes bekommen. Was heißt das für gewerkschaftliche Kämpfe gegen Diskriminierung und für die Rechte von Migrant_innen?

Der gewerkschaftliche Spruch: ‚Mach meinen Kumpel nicht an‘, auch wenn der jetzt geändert gehört, der ist immer noch richtig. Es geht darum, gemeinsam für Sachen zu kämpfen, gemeinsam zu arbeiten und zu leben.

Die Corona-Pandemie hat erneut gezeigt: Migrant_innen sind immer zusätzlich benachteiligt. Was können Gewerkschaften aus dieser Zeit für künftige Auseinandersetzungen lernen?

Während Corona haben wir uns bemüht, innerhalb der Gewerkschaften deutlich zu machen, dass es hier teils eine doppelte Betroffenheit gibt. Gleichzeitig wollten wir, dass Betroffene ihre Rechte kennen und diese einfordern können. Dazu haben wir mehrsprachiges Material und Erklärfilme erstellt. Ein Fokus war dabei etwa die Fleischwirtschaft in NRW. Da gab es ja schreckliche Situationen mit der sogenannten Arbeitsquarantäne und auch Todesfälle. Wir haben direkt vor Ort unterstützt und auch Organizing betrieben, also für einen Eintritt in die Gewerkschaft geworben. Dafür wurden auch neue Formen der Mitgliedschaft geschaffen.

Aus der Ukraine dürften nun mehr Menschen nach Deutschland fliehen, als 2015/2016. Welche Lehren sind aus jener Zeit für die Aufnahme der Ukrainer_innen jetzt zu ziehen?

Da man nicht weiß, wie lange die Menschen bleiben, müssen Strukturen frühzeitig so aufgestellt werden, dass Integration, Bildung und Ausbildung gut funktionieren. Ehrenamtliche Netzwerke, die seit vielen Jahren engagiert sind, die sich jetzt wieder an die Bahnhöfe stellen – darauf können wir gut aufbauen. Das Gleiche gilt für gesammelte Erfahrung in den Betrieben. Man weiß heute, wie man Sprachkurse organisiert, wie man mit Unterschieden im Betrieb besser umgeht, welche Schwierigkeiten da kommen.



News + Termine

Neue Studie: „Schutz vor Diskriminierung und Förderung personaler Vielfalt im Arbeitsleben“

16 Jahre nach Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) gibt es in Unternehmen und in der öffentlichen Verwaltung weiterhin große Unterschiede im Umgang mit Vielfalt und bei Strategien gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz. Das ergab eine neue Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, die zum „Zero Discrimination Day“ Anfang März veröffentlicht wurde. Ziel der Untersuchung war es, die Umsetzung des AGG und den Umgang mit personeller Vielfalt in Unternehmen, Verwaltungen und Organisationen des Dritten Sektors aus Sicht von Personalverantwortlichen zu beleuchten. In jedem der 50 befragten Unternehmen werden demnach Diversity-Maßnahmen ergriffen. Bei allen stehe dabei das Thema Gleichstellung der Geschlechter im Vordergrund, gefolgt von Maßnahmen zu Behinderung und Alter. Die Befragung zeige, dass die Unternehmensgröße eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung des AGG spielt. Während große Unternehmen, Organisationen und Verwaltungen sich meist gut aufgestellt präsentieren, bestehe bei kleinen Unternehmen und Organisationen Verbesserungspotenzial. Mehr als die Hälfte der befragten kleinen Unternehmen kannte das AGG auch mehr als 15 Jahre nach seinem Inkrafttreten nicht.

<https://bit.ly/3CXzOyb>

„Investiert in Pflege und Gesundheit!“ – Aufruf des Welt-Gewerkschaftsbundes ITUC zum Internationalen Frauentag

Die Corona-Pandemie hat einen beispiellosen Verlust von Arbeitsplätzen und Einkommen mit sich gebracht. Etwa viermal so viele Jobs gingen verloren wie während der globalen Finanzkrise 2009. Darauf wies der Welt-Gewerkschaftsbund ITUC anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März hin. Junge Frauen, Women of Color, Arbeitsmigrantinnen, indigene Frauen und Frauen in der informellen Wirtschaft wie Hausangestellte und Frauen mit Behinderungen, waren besonders hart betroffen, so ITUC. Im Jahr 2021 seien 13 Millionen Frauen weniger erwerbstätig als 2019. ITUC fordert deshalb einen globalen „Neuen Sozialvertrag“ für die Schaffung von 575 Millionen neuen Jobs bis 2030. Die Arbeit von einer Milliarde informell Beschäftigter müsse formalisiert werden. Einer der wichtigsten Sektoren dabei: Die so genannten „Care“-Branchen – Gesundheit, Bildung, Kinder- und Altenpflege und andere soziale Dienstleistungen. Nach Schätzungen der UN könnten bis 2030 weltweit rund 270 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn die Investitionen in diesen Bereichen verdoppelt würden. Viele Arbeitskräfte in der Pflege seien Frauen, vielfach in unterbezahlten, prekären und informellen Arbeitsverhältnissen. Menschenwürdige Arbeitsplätze für Frauen würden diesen eine effektive Beteiligung an der Wirtschaft ermöglichen und so gerechtere, integrativere und würdigere Gesellschaften entstehen lassen, so ITUC.

<https://bit.ly/3ubwKKS>

Neues Video –

Wie viel Geld bekomme ich ausgezahlt?

Was ist der Unterschied zwischen Brutto und Netto? Welche Beiträge werden für Sozialversicherungen und Steuer abgezogen? Vielen migrantischen Beschäftigten sind diese grundlegenden Mechanismen nicht klar. Die Beratungsstelle Faire Integration hat ein Informationsvideo erstellt, um darüber aufzuklären.

<https://www.faire-integration.de/de/article/1429.brutto-netto-wieviel-geld-bekomme-ich-ausgezahlt.html>

Neue Studie:

„Unzufriedenheit Pflegefachkräfte Philippinen“

Nur 17 Prozent der in Deutschland arbeitenden philippinischen Pflegekräfte würden befreundeten Kolleg_innen auf den Philippinen ihren Job empfehlen. Mehr als die Hälfte (58 Prozent) der Befragten fühlen sich in Deutschland „nicht willkommen“, 64 Prozent empfinden sich fachlich abgewertet. Das ergab eine Befragung der interkulturellen Beraterin Grace Lugert-Jose, die sich auf die Integration ausländischer Pflegefachkräfte in Deutschland spezialisiert hat. Nur 12 Prozent der Befragten stimmen der Aussage „Insgesamt bin ich sehr zufrieden mit meinem Job“ voll zu. Lugert-Jose hatte 109 hier arbeitende Pflegefachkräfte aus den Philippinen befragt. Die Ergebnisse zeigten „erhebliche Schwachpunkte der bisherigen Integrationsbemühungen in Deutschland“, sagte Lugert-Jose. Die geringe Zufriedenheit der hier arbeitenden ausländischen Fachkräfte erkläre die hohe Fluktuation, von der viele Arbeitgeber berichten. Ein zentrales Thema sei fehlender Respekt und die mangelnde Anerkennung der Kolleg_innen. So stimmten der Frage „Werden Ihre Qualifikationen und bisherige Berufserfahrung in Ihrem derzeitigen Job wertgeschätzt?“ nur 17 Prozent voll zu. 22 Prozent der Befragten gaben an, Diskriminierung und Rassismus aufgrund der Herkunft zu erfahren. Oft erscheine die Stammebelegschaft überfordert mit der Tatsache, dass immer mehr ausländische Fachkräfte in Deutschland arbeiten. Andere Länder würden anders abschneiden: In Großbritannien etwa seien 71 Prozent der philippinischen Pflegefachkräfte zufrieden.

Kirchenasyl:

Nur selten Rücknahme von Entscheidungen

Ein Kirchenasyl führt nur in seltenen Fällen zu einer Korrektur von Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, wurde 2021 nur in neun Kirchenasyl-Fällen die Entscheidung zur Überstellung in einen anderen EU-Mitgliedstaat zurückgenommen. Das berichtet der Evangelische Pressedienst (epd). In 529 Fällen übten die Behörden das so genannte Selbsteintrittsrecht nicht aus. Nur weniger als zwei Prozent der Anträge auf einen Härtefall hatten somit Erfolg. Insgesamt wurden dem Bundesamt 2021 822 Fälle von Kirchenasyl gemeldet. In 623 Fällen legten die Gemein-

den ein so genanntes Dossier zum Fall vor, wie Kirchen und BAMF es vor einigen Jahren vereinbart hatten. In der Regel baten die Antragsteller_innen darum, von einer EU-internen „Dublin“-Abschiebung abzusehen. Die Dublin-Regelung sieht vor, dass Schutzsuchende in dem Mitgliedstaat das Asylverfahren erhalten und untergebracht werden, über den sie in die EU gekommen sind. Nur 17 Kirchenasyl-Fälle hatten den Angaben zufolge keinen Dublin-Bezug. Dort drohte eine direkte Abschiebung ins Herkunftsland.

Brandenburg will mehr Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen

Brandenburgs Landesregierung hat ihre Ankündigung bekräftigt, Arbeitskräfte aus dem Ausland rekrutieren zu wollen. Das Kabinett beschloss dazu eine neue „Fach- und Arbeitskräftestrategie“. Unter anderem soll damit die Gewinnung von Pflegekräften durch eine neue Pflegeausbildung verbessert werden. Die „ökologische Transformation und die umfangreichen technologischen Entwicklungen und Anforderungen an Qualifikation und Arbeitsbedingungen“ würden den Wirtschaftsstandort Brandenburg verändern, sagte Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD). Der Bedarf an Fachkräften wachse. Dem Fachkräftemonitor der Brandenburger IHK zufolge werden im Jahr 2030 rund 116.000 Fachkräfte fehlen. Auch für Tätigkeiten auf Helferniveau sollen ausländische Arbeitsuchende Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen.

2 Jahre Fachkräfteeinwanderungsgesetz: BAMF zieht Bilanz seiner Hotline

Am 1. März 2020 trat das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) in Kraft. Mit der gemeinsamen Hotline „Arbeiten und Leben in Deutschland“ (ALiD) informieren das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die Bundesagentur für Arbeit einwanderungsinteressierte Arbeitnehmende. Rund 112.000 Beratungen seien in den vergangenen zwei Jahren durchgeführt worden, so das BAMF. 2021 stieg der Beratungsbedarf im Vergleich zum Vorjahr um rund 30 Prozent. Besonders gestiegen sei der Beratungsbedarf zum 2020 neu eingeführten Instrument des so genannten beschleunigten Fachkräfteverfahrens. Dabei können Unternehmen selbst daran mitwirken, dass ausländische Fachkräfte bei Vorliegen eines konkreten Arbeitsplatzangebots schneller einreisen können. Ebenfalls häufig nachgefragt wurde zur Einreise von IT-Spezialisten. Für sie ist nach dem FEG weder eine Berufsausbildung noch ein Studium zwingend erforderlich. Stattdessen sind Berufserfahrung, Zusatzqualifikationen und grundsätzlich auch Deutschsprachkenntnisse ausreichend. Rund zwei Drittel der Ratsuchenden hatten 2021 einen Wohnsitz im Ausland, vor allem in der Türkei, dem Iran, Indien, Afghanistan und Marokko. Zu einigen Berufen hat die Nachfrage mit Einführung des FEG besonders zugenommen: So kamen etwa 240 Prozent mehr Anfragen zum Beruf Koch/Köchin. Bei Berufskraftfahrer_innen waren es 163 Prozent mehr.



Ein gesamteuropäisches Solidaritätsterritorium



Foto: Vassilis Tsianos: © privat

Kommentar von Vassilis Tsianos, Uni Kiel, Vorsitzender Rat für Migration, zu Flüchtlingsaufnahme aus der Ukraine

Wenn es möglich ist, überhaupt einen Vergleich zwischen „2015“ und heute zu machen, dann besteht der Unterschied darin, das damals in Deutschland zwei Drittel aller Asylanträge in Europa gestellt wurden und Deutschland deshalb Treiber einer Europäisierung der Flüchtlingsabwehr wurde. Heute sind die Hauptempfänger der ukrainischen Kriegsmigrant_innen migrati-onsskeptischen Länder wie Polen und Ungarn.

Mit der Aktivierung der „Massenzustrom-Richtlinie“ Anfang März hat sich die EU schnell und ohne die üblichen Polarisierungen auf eine realistische und unkomplizierte Aufnahme von Schutzsuchenden verständigt. Im Gegensatz zu 2015 handelt es sich tatsächlich um eine europäische Lösung, weil alle Mitgliedstaaten durch die einstimmige Entscheidung des Rates gebunden sind. Wie die Dublin-Verordnung aktiviert auch die Massenzustrom-Richtlinie ein gesamteuropäisches Solidaritätsterritorium. Die schnelle Aufnahme und Weiterverteilung der ukrainischen Kriegsmigrant_innen war in dieser Form nur möglich, weil die überwiegende Mehrzahl visumsfrei in die EU einreisen konnte. Auch wenn die Massenzustrom-Richtlinie 2015 skandalöserweise nicht aktiviert wurde, so zeigt sich dennoch auch in der Gewährung des Schutzstatus eine Parallele: Aus Syrien geflüchtete Personen konnten 2015 in Deutschland schnell und unbürokratisch einen Schutzstatus beantragen. Das, was in Deutschland damals als Kontrollverlust und die „Mutter aller Probleme“ skandalisiert wurde, ist heute gesamteuropäische Schutzrealität.

Was kommt in den nächsten Monaten? In Deutschland wird auf Weisung des Bundesinnenministeriums (BMI) ein 24-monatiger Schutzstatus in Form einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG erteilt. Damit geht

das BMI über die Anforderungen der EU hinaus. Dies zeigt offensichtlich eine Lernfähigkeit des BMI, dass es heute vor allem darum geht, den Ankommenden eine stabile Bleibeperspektive zu gewährleisten.

Es verweist aber ebenso auf die Möglichkeit, dass ehemalige Schutzsuchende sich dauerhaft in Deutschland bzw. in Europa niederlassen werden wollen. Dennoch ist möglich, dass beim Auslaufen des 24-monatigen Schutzstatus eine Massenschiebung droht, wie wir sie Ende der 1990er-Jahre mit den Bosnien-Flüchtlings erlebt haben. Doch die europäische Migrationsgesellschaft weiß, dass eine gelebte Auto-Integration in die Gesellschaft das beste Mittel gegen Abschiebungen ist. Darauf wird es nun ankommen. Nicht nur in dieser Hinsicht wäre es nun wichtig, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen.

Doch die breite Solidarität für kriegsvertriebene Ukrainer_innen, der unbürokratische Zugang zu Gesundheit, Ausbildung und Arbeit sowie die Möglichkeit zur eigenen Bestimmung des Niederlassungsortes soll nicht an 2015 erinnern. Der Vizepräsident der EU-Kommission, Margaritis Schinas, bestand darauf, dass man die gegenwärtige Situation unter keinen Umständen mit 2015 vergleichen dürfe, als Menschen aus Syrien und Afghanistan flohen: „Ukraine is not an alien country to Europe. It is part of the family.“

Der griechische Minister für Migration und Asyl, Dimitris Mitarakis, hat sogar versucht, die willkürliche Unterscheidung zwischen echten Flüchtlingen aus der Ukraine und angeblich nicht echten Flüchtlingen aus anderen Ländern mit Beweisen zu belegen: „Die Ukraine befindet sich im Krieg, sie grenzt an die Europäische Union, und die Ukrainer, die ihr Land verlassen, kommen auf koordinierte Weise, mit Papieren, mit Pässen, an den legalen Einreisepunkten des Landes. Das heißt, sie stellen sich, wie in der Genfer Konvention vorgesehen, direkt an der Grenze

den griechischen Behörden und reisen dann in unser Land ein. Sie sind echte Flüchtlinge“, so Mitarakis.

Doch allein die Tatsache, dass die Flüchtlinge aus der Ukraine aus einem vom Krieg zerrütteten Land kommen, reicht aus, um sie von vornherein als Flüchtlinge mit hohem Status zu betrachten und ihnen alle Einrichtungen für ihre Aufnahme zur Verfügung zu stellen, so wie die Flüchtlinge aus Syrien 2015 als Flüchtlinge mit hohem Status betrachtet wurden.

Die Dinge, die Mitarakis anspricht – Grenzen mit der EU, legale Papiere, koordinierte Einreise an legalen Einreisestellen – haben nichts mit der Anerkennung des Flüchtlingsstatus zu tun, und auch nicht mit der Genfer Konvention, auf die sich der Minister irreführend beruft. Der einzige Grund, warum ukrainische Flüchtlinge koordiniert und legal nach Griechenland kommen, ist, dass Griechenland und die EU beschlossen haben, legale Einreisewege für Ukrainer zu schaffen und die Grenzposten zu öffnen, die sie für Flüchtlinge aus dem globalen Süden selektiv geschlossen halten. Im Übrigen gab sein Ministerium bekannt, dass es eine Reihe von Einrichtungen nur für Flüchtlinge aus der Ukraine umwandeln wird. Er kündigte auch an, dass ein Programm für die Unterbringung von schutzbedürftigen Flüchtlingen in Wohnungen in Griechenland noch in diesem Jahr beendet werden soll. Für die nicht-ukrainischen Geflüchteten in Griechenland bedeutet das ein Leben auf der Straße.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

